

ISLAM

Schariakonforme Kredite für muslimische Studenten in Britannien. Die britische Regierung wird schariakonforme Kredite für muslimische Studenten zur Bezahlung ihrer Studiengebühren einführen und dabei unter anderem mit der Islamic Bank of Britain zusammenarbeiten (vgl. auch MD 9/2014, 334-338).

2012 waren die Darlehen für Studiengebühren umgestellt worden, während diese gleichzeitig massiv stiegen (ca. 11 400 Euro p. a.). Die vorherige Regelung für Studien-

kredite sah nur einen Rückzahlungsaufschlag in Inflationshöhe (1 Prozent) vor, nun kamen zusätzlich 3 Prozent Zinsen hinzu, was dazu führte, dass muslimische Verbände und Studenten der Regierung religiöse Diskriminierung vorwarfen. Im Islam sind Zinsen verboten, der vorher fällige einprozentige Inflationsausgleich war hingegen kein Problem.

Im April 2014 hatte daraufhin die Regierung zu einer öffentlichen Online-Debatte eingeladen. Das Ergebnis ist die jetzige Regelung, wobei der Abschlussbericht (abrufbar auf www.gov.uk) explizit erwähnt, dass die ca. 20 000 eingegangenen Kommentare teilweise das Ergebnis konzertierter Aktionen waren – viele hatten den gleichen Wortlaut. 75 Prozent der Kommentare kamen von Einzelpersonen, nur 4 Prozent von Vertretern von Bildungseinrichtungen. Einen Bedarf für eine derartige Regelung zugunsten religiöser muslimischer Studenten sahen 80 bis 90 Prozent der Antwortenden. Die neuen schariakonformen Kredite sehen die Einrichtung eines Fonds vor, aus dem das Geld entnommen wird und in den die Kreditnehmer nach Studienabschluss wieder einzahlen, was dann als eine Art Spende gilt (*Takaful*). Sie sollen keinen finanziellen Vorteil gegenüber den herkömmlichen Krediten beinhalten und allen offenstehen. Mit einer Umsetzung des Beschlusses wird nicht vor 2016 oder 2017 gerechnet. Bislang gibt es noch keine Reaktionen von Bürgerrechtlern und Religionsgemeinschaften auf diese Integration der Scharia in die öffentliche Rechtsordnung der britischen Gesellschaft. Auch die großen britischen Printmedien haben noch nicht kommentiert. Das zuständige Ministerium (Department for Business, Innovation and Skills) erklärte vorsorglich: „Sharia has no jurisdiction in England and Wales and the Government has no intention to change this position.“

Kai Funkschmidt